

Gericht: „Gedenkstein“ gegen Corona darf bleiben

OVG hebt Urteil der Vorinstanz auf

Bautzen. Ein von der rechtsextremen Partei Freie Sachsen aufgestellter Gedenkstein gegen die Corona-Maßnahmen in Zinnwald nahe der tschechischen Grenze darf vorerst stehenbleiben. Das Sächsische Obergericht (OVG) habe den im Mai vom Dresdner Verwaltungsgericht gefällten Beschluss – den Gedenkstein zu entfernen – geändert, teilte das Gericht am Dienstag in Bautzen mit. Die Aufschrift auf dem Grabstein – „Zur Erinnerung an die Opfer des Corona-Impfexperiments und der Zwangsmaßnahmen des Kretschmer-Regimes“ – sei vom Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt und erfülle deshalb keine Straftatbestände.

Der ungefähr zwei Meter hohe Stein steht auf einem nicht umzäunten Grundstück der Partei. Er war Ende April von der Kleinstpartei aufgestellt worden und hatte in den vergangenen Monaten bei vielen Menschen für Empörung gesorgt. Gegen eine von der Dresdner Polizei ausgesprochene Verfügung, den Stein zu entfernen und ihn unverzüglich so abzudecken, dass die Inschrift nicht mehr lesbar ist, hatte die Partei zunächst Widerspruch erhoben. Diesen hatte die Polizei zurückgewiesen, woraufhin die Partei Klage erhob. Kurz darauf führte das Dresdner Verwaltungsgericht aus, dass wegen der eingravierten Aufschrift eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestehe. Dem ist das OVG jedoch nicht gefolgt.

Nach dessen Angaben fehlt es an einer für das polizeiliche Einschreiten erforderlichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Meinungen seien nach der Rechtsprechung grundsätzlich geschützt, ohne dass es darauf ankomme, ob die Äußerung als wertvoll oder wertlos, richtig oder falsch, gefährlich oder harmlos, abzulehnen oder billigenwert eingeschätzt wird. Dies gelte auch für fernliegende, irrige, anstößige oder abwegige Meinungen. Bürgerinnen und Bürger sowie Parteien seien grundsätzlich auch frei, grundlegende Wertungen infrage zu stellen oder die Änderung tragender Prinzipien zu fordern.

Staatsschutz ermittelt

Chemnitz. Nach dem Angriff auf einen Jugendclub der Heilsarmee in Chemnitz Anfang Juni, bei dem ein Sozialarbeiter durch verschossene Stahlkugeln verletzt wurde, ermittelt der Staatsschutz wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung. Bislang gebe es aber keine konkreten Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund, teilte die Polizei am Dienstag auf Anfrage mit. Der Vorfall ereignete sich während eines Konzerts mit Roma-Jugendlichen am 9. Juni, wurde aber erst am Montag öffentlich gemacht.

Schopffaffen wieder da

Decin. Die vor mehr als einer Woche aus einem Zoo in Tschechien entkommenen Schopffaffen sind alle wieder eingefangen. Das letzte frei herumlaufende Tier fiel auf einen einfachen Trick herein, wie der Tierpark in Decin am Dienstag bei Facebook mitteilte. Zwei Kellnerinnen eines Ausflugslokals hätten den Primaten mit einem Stück Wassermelone in einen Lagerraum gelockt, wo sie ihn bis zur Ankunft der Zoomitarbeiter eingesperrt hätten.

Ist der Höhenflug der AfD gefährlich für die Demokratie?

Die AfD jubelt: Seit Wochen erreicht in Umfragen die Partei Spitzenwerte. Je nach Institut liegt sie sogar vor der SPD, die mit Olaf Scholz den Bundeskanzler stellt. Die AfD ist zweitstärkste Kraft.

Vor allem die CDU sieht sich gezwungen zu beteuern, dass sie auch künftig eine Zusammenarbeit mit der Partei ausschließt. „Solange ich Parteivorsitzender der CDU bin, wird es keinerlei Zusammenarbeit mit dieser Partei geben“, sagte Parteichef Friedrich Merz. Die Schuld für die Spitzenwerte der AfD suchte er bei der Bundesregierung: „Wenn wir eine handwerklich und politisch gut arbeitende Regierung hätten, dann läge die AfD nicht bei 18 Prozent.“ Bundeskanzler Scholz erklärte die Entwicklung mit Unsicherheit in einer Zeit der Umbrüche mit gleichzeitigen Problemen wie Corona, Ukraine-Krieg und Klimawandel.

Für Ostdeutschland stellen sich angesichts der neuesten AfD-Werte ganz andere Fragen, denn die AfD wird hier als stärkste Kraft ausgemacht. Hielte der Trend an, könnte das in Sachsen und in Thüringen, wo 2024 Landtagswahlen anstehen, die Regierungsbildung erschweren. In Thüringen führt Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) angesichts einer starken AfD eine Minderheitenregierung. In Sachsen mussten 2019 erstmals drei Partner koalieren, um eine Mehrheit im Landtag zu stellen. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) schloss zuletzt eine Zusammenarbeit mit der AfD erneut aus: „Diese Leute dürfen nicht in Verantwortung kommen“, sagte er der „Bild am Sonntag“.

Momentan profitiert die AfD aber besonders vom Unmut über die Ampel-Regierung im Bund. Es spricht derzeit wenig dafür, dass sie so bald in den Umfragen absinkt: Ist der Höhenflug der AfD gefährlich für die Demokratie?



Die AfD im Aufwind: Die Partei verzeichnet seit Wochen steigende Umfragewerte.

FOTO: SWEN PFÖRTNER

Es ist eine Warnung an alle Demokraten

Von Antonie Rietzschel

Die AfD ist eine Partei, die den Hass verinnerlicht hat wie keine andere Partei: gegen Migranten, gegen queere Menschen, gegen alles, was irgendwie anders ist. Diese Partei ist eine Bedrohung, weil sie mit Verschwörungsideologien arbeitet, politischen Kräften Raum gibt, die an der Demontage der demokratischen Grundordnung arbeiten. Auch wenn es bis zu den nächsten Landtagswahlen noch etwas dauert, der aktuelle Höhenflug der AfD sollte eine Warnung sein. Besonders für jene, die der Partei bisher mit Naivität begegnet sind, die glauben, sie mit Imitation kleinhalten zu können.

Nach den Verlusten der AfD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (NRW) sowie der sich daran anschließenden Selbstzerfleischung im Bundesvorstand gab man sich nur allzu gern dem Gedanken hin, dass sich diese Partei selbst erledigt. Jetzt kommt sie in Umfragen bundesweit auf 18 Prozent, bei Kommunalwahlen lässt sie sich nur noch schwerlich von Spitzenämtern fernhalten, wie etwa in Schwerin und Sonneberg. Und dass die AfD eben kein rein ostdeutsches Phänomen ist, zeigen die jüngsten Umfragen aus NRW, wo die einst so schwächelnde Partei wieder zugelegt hat.

Wer jetzt überrascht ist und hektisch fragt, wo denn, bitte, die Gründe liegen, hat offenbar immer noch nicht verstanden, woraus sich die Partei speist und was sie anbietet: Angst, Verunsicherung, Wut, Selbstermächtigung. Die AfD ist eine Partei, die in Krisenzeiten profitiert, weil sie schlichte Lösungen präsentiert, einfach nur dagegen sein will und ihren Anhängern ein gutes Gefühl gibt. Denn wer AfD wählt, hat Macht. Der kann es denen da oben

zeigen. In Ostdeutschland steht man dabei sogar in der Tradition der Revolutionäre von 1989, zumindest wenn es nach der AfD geht: „Vollende die Wende“, lautete früher einer ihrer Wahl-Slogans.

Der Erfolg der Partei hängt auch davon ab, wie viel Spielraum ihr andere lassen – und im Moment hat sie es allzu leicht. Da ist eine Ampel-Koalition in Berlin, die im Kampf gegen die Klimakrise notwendige Maßnahmen umsetzen will und muss – dabei aber soziale Fragen ignoriert und die Emotionalität der Themen unterschätzt. Der Streit zwischen SPD, Grünen und FDP lässt die Bundesregierung geradezu handlungsunfähig erscheinen. Ein Eindruck, der von der CDU zusätzlich befeuert wird, nicht mit sachlicher Kritik – sondern Polemik und Schwarzmalerei.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat in den letzten Monaten kaum eine Möglichkeit ausgelassen, um vor einem „Aufbruch“ in der Bevölkerung zu warnen oder, besser gesagt, ihn herbeizureden. Der Bundesvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, beklagt, dass die „normalen Leute kein Gehör mehr finden“ – was im Umkehrschluss heißt: Es gibt unnormale Leute. Kretschmer und Merz weisen immer wieder darauf hin, nicht mit der AfD koalieren zu wollen. Und das durchaus glaubhaft. Gleichzeitig machen sie sich deren Rhetorik zu eigen, normalisieren sie, verschieben den Diskurs weiter nach rechts.

Die Debatte über den Aufstieg der AfD ist redundant, oberflächlich und geprägt von einer gewissen Ohnmacht. Doch sie ist weiterhin bitter nötig. Noch bleibt Zeit, sich Gedanken zu machen, wie man in Krisenzeiten Vertrauen in demokratische Parteien herstellen kann, in ein demokratisches System. Der bisherige Kurs hat nicht besonders gut funktioniert: weder für SPD, Grüne, FDP, geschweige denn für die CDU.



Wer ständig vor der AfD warnt, der hilft der Partei nur

Von Kai Kollenberg

Vielleicht ist genau jetzt der richtige Zeitpunkt, gelassen zu bleiben und nicht übernervös auf die Zahlen zu blicken, die durch die Medien geistern. Rekordwert um Rekordwert weisen die Umfragen in diesen Wochen für die AfD aus. Alle warten darauf, dass sich der blaue Balken in den Diagrammen demnächst ein Stückchen weiter nach oben bewegt. Um anschließend entsetzt zu schreien: Wir haben es doch gewusst!

Umfragewerte sind die Währung für die Politik, auch wenn keine Bundestags- und Landtagswahlen anstehen. Nur sollten wir die Daten, bitte, nicht überinterpretieren! Die Grünen haben angesichts von Zwischenhochs in der Vergangenheit bereits vom Einzug ins Kanzleramt und ins Rote Rathaus von Berlin geträumt. Am Ende war beides höchst unrealistisch.

In Sachsen, seit Längerem eines ihrer Kernländer, hat die AfD bei landesweiten Wahlen noch nie die 28-Prozent-Marke knacken können: Ein Ergebnis von 27,5 Prozent ist ein hoher Stimmenanteil – sicherlich. Die überwiegende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler entscheidet sich allerdings nach wie vor gegen die AfD. Und die Stimmung war zur Landtagswahl 2019 und zur Bundestagswahl 2021 nicht besser als momentan.

Wer ständig vor der AfD warnt und sie verteufelt, hilft ihr im Grunde. Der politische Diskurs dreht sich schon jetzt allzu oft um das Schreckgespenst AfD. Dabei fällt kaum ins Gewicht, wie wenig politische Lösungen diese Partei anzubieten hat. Auf Krawall versteht sich die Alternative für Deutschland, aber worauf denn noch? Die Sachpolitik im Sächsischen Landtag hält sich in sehr engen Grenzen. Als Opposition ist sie,

bis auf Showeinlagen für die eigenen Social-Media-Kanäle, wenig in Erscheinung getreten. Das räumen sogar AfD-Leute ein.

Der Trotz der Wähler nährt die Partei zu einem guten Teil. In den vergangenen Jahren hat keine Warnung, kein Gezeter, keine Wählerbeschimpfung die AfD schrumpfen und in Umfragen absacken lassen. Die AfD verzweigte dagegen, wenn ihre inhaltlichen Schwächen ruhig und unaufgeregt aufgezeigt wurden. Warum sollte das nicht erneut gelingen?

Die ersten Parteien in Sachsen wollen sich deswegen im kommenden Landtagswahlkampf dem erwartbaren Erregungsspiel um die AfD-Werte verweigern. Das bedeutet nicht, es gutzuheißen, dass eine in Teilen rechtsextreme Partei vergleichsweise viel Anklang in der Bevölkerung findet. Das darf einen schmerzen. Gerade in Sachsen. Vielleicht sollten wir dennoch den Umstand akzeptieren lernen, dass sich dies nicht so schnell ändern wird, und daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

Der Höhenflug der AfD in Umfragen gefährdet nicht die Demokratie. Stattdessen wird unsere Aufgeregtheit darüber eine vernünftige politische Debatte bald nicht mehr ermöglichen, weil alles unter der wenig komplexen Frage behandelt wird, ob die anderen Parteien die radikale Sprache der AfD etwa übernehmen und ihren Forderungen vermeintlich nachgeben. Anzeichen dafür sind längst im Streit über eine angemessene Asylpolitik zu erkennen, was wiederum allein die AfD freut und stärkt.

Hysterie hat in der Auseinandersetzung mit der AfD niemandem geholfen – und auch jetzt ist sie kein geeignetes Mittel. Deren Umfragewerte lassen sich am besten kalt lächelnd ertragen. Nur auf diese Weise behält man schließlich einen kühlen Kopf, um der AfD adäquat begegnen zu können.



Pro

Contra